

PRESSEMITTEILUNG #174 – 18. Juni 2021

Birte Pauls:

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Fokus nehmen!

Zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Corona-Pandemie erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Die Pandemie hat uns gelehrt, dass wir Kinder und Jugendliche bei allen Maßnahmen immer ganz besonders im Blick haben müssen. Für uns Erwachsene war es ein Jahr Corona, in der Wahrnehmung Jugendlicher eine Ewigkeit. Sie mussten auf vieles verzichten, waren zum Teil einsam und fühlten sich zum Teil schulisch abgehängt.

Wir Sozialdemokraten haben deshalb die Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen in den Fokus genommen und einen Antrag gestellt, um sie zu unterstützen. Dieser wurde von Jamaika einfach abgelehnt.

Die Landesregierung muss Kinder und Jugendliche bei all ihren Entscheidungen mitnehmen und sie beteiligen. Wir wissen nicht, wie die Situation nach dem Sommer ist. Aber wir wissen, dass ihre Bedürfnisse immer Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen. Sie brauchen nicht nur eine offene Schule, sondern auch Freizeitangebote und die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Das ist wichtig für ihre seelische Gesundheit. Kinder- und Jugendwelten sind mehr als Schule und Lernen - Freizeiten mit viel Spiel und Spaß zum Beispiel.

Ich bin sehr froh, dass sich die SPD in der Bundesregierung für das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ stark gemacht hat. Ein Teil der dadurch zur Verfügung gestellten Gelder fließt in den sozialen Bereich.

Die Landesregierung hat die Bund-Länder-Vereinbarung schon unterschrieben, konnte oder wollte uns im Ausschuss aber nicht darüber informieren. Unabhängig davon ist es nun aber wichtig, dass Jamaika die Mittel richtig verwendet und diese bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien auch wirklich ankommen.

CDU, FDP und Grüne sollten den Blick jetzt auch nicht nur auf das FSJ in den Kitas richten. Wir fordern, dass Plätze im FSJ für alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen werden. Das gilt übrigens auch für Plätze im FÖJ. Die Bund-Länder-Vereinbarung macht das möglich!“